

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 215 | 37. Woche | 79. Jahrgang | E. 4029 | S. Innenstadt

Samstag/Sonntag, 16./17. September 2023

2,90 €

Das Wochenende mit der StZ

Mit 12 Seiten Ratgeber & Reportagen und Reise

Stuttgarter/Stuttgarterin des Jahres

Preiswürdiges Engagement

Wer hat einen Ehrenamtspreis verdient? Es winken Geld und bunte Pokale. Die Leser sind gefragt. **Seite 17**



Brücke zur Welt: Was bedeutet Fortschritt? **SEITE 32**



Wochenende: Wollüstig in die Lebenskrise **SEITE M1**



Reise: eine Multimedia-Weinwelt in Portugal **SEITE M9**

Hetzer und Hampelmänner



Die AfD ist nicht Maßstab der Politik. Auch Scheinheiligkeit schadet der Demokratie.

Von Armin Käfer

Thüringen wird erneut zum Testfall für die Demokratie: 2020 hatte die dort unzweifelhaft rechtsextreme AfD einem FDP-Mann ins Amt des Ministerpräsidenten verholfen. Jetzt setzte die CDU im Landtag eine Steuersenkung durch – gegen den Willen der linken Minderheitsregierung, aber wiederum mit den Stimmen der AfD, wenn auch unabgestimmt. Ist das nun ein Tabubruch, wie viele zetern? Oder verrät das Gezeter vor allem Scheinheiligkeit?

Kein anderer als der Kanzler hat dazu alles gesagt: „Niemand sollte sich davon abhängig machen, wie die AfD abstimmt“, erklärte er vor Monatsfrist in einem Interview mit der „Thüringer Allgemeinen“. Genossen wie der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert lassen sich in ihrer demonstrativen Empörung davon nicht beirren. Es macht aber schon einen Unterschied, ob demokratische Politiker sich von der AfD den Steigbügel halten lassen, um an die Macht zu gelangen – oder es bei Sachentscheidungen Trittbrettfahrer der AfD gibt. Wer überzeugt ist, das Richtige zu tun, darf sich nicht allein deshalb davon abbringen lassen, weil auch die Faltschen dafür stimmen. Wer sein Verhalten danach ausrichten würde, wie die AfD taktiert, würde sich selbst entmächtigen – und damit zum Hampelmann von Rechtsextremisten.

Mit dem Gerede von einer Brandmauer zur Abschottung gegenüber der AfD haben alle, die das Schlagwort im Munde führen, ein falsches Bild in die Welt gesetzt. Eine Brandmauer soll Unheil abhalten und verhindern, dass Katastrophen auf das eigene Terrain übergreifen. Doch das Unheil hat unsere Demokratie längst erfasst. Gegen den Funkenflug aus den Glutnestern, mit dem rechte Zünder die offene Gesellschaft zerstören wollen, schützt nur eines: eine klare Haltung. Es darf kein Zweifel aufkommen, was die CDU und andere demokratische Parteien von Rechtsextremisten unterscheidet, die für Meinungsvielfalt, andere Kulturen, Menschen unterschiedlicher Herkunft nur Verachtung übrig haben. Das entscheidet sich nicht an der Grunderwerbsteuer.

Die Eindämmung der AfD bleibt eine existenzielle Herausforderung deutscher Politik. Dazu gehört selbstverständlich die Frage, wo Zusammenarbeit, Kumpanei beginnt. Entscheidungen über Sachfragen würden zu einem Vehikel des demokratiefeindlichen Zerstörungswerks, wenn vorrangig zählt, wann AfD-Abgeordnete ihre Hand heben. Demokratische Akteure dürfen sich nicht derart am Nasenring der Hetzer durch die politische Manege führen lassen. Wer zudem demokratische Konkurrenz allein wegen des Beifalls von der falschen Seite denunziert, verunsichert das ohnehin verstörte Publikum und arbeitet am Zerstörungswerk mit. Wie sollte sich die CDU denn verhalten, wenn die AfD bei den Landtagswahlen kommenden Jahr in Thüringen oder Sachsen tatsächlich stärkste Partei würde, es den Christdemokraten dennoch gelingt, Koalitionen zu schmieden, welche die Rechtsextremisten von der Macht fernhalten – diese aber aus niederträchtigem Kalkül CDU-Minister unterstützen?

Taktische Schachzüge bringen eine Demokratie nicht zu Fall. Es hilft auch nichts, in der Manier eines verschreckten Kaninchens auf jene zu starren, die ihr übel wollen. Demokratische Politik bemisst sich am Respekt vor abweichenden Meinungen und Minderheiten, an Toleranz und Verantwortungsethik, die unvereinbar sind mit der Hetze, den Geschichtslügen und diskriminierenden Phrasen der AfD. Das ist die Alternative, vor der wir stehen. Darüber darf weder das Feixen von Rechtsaußen nach einem vermeintlichen Abstimmungscoup noch die Hysterie der Scheinheiligen hinwegtäuschen.

Bayaz: Weniger Regeln für Banken

STUTTGART. 15 Jahre nach der Lehman-Pleite stellt der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) weniger, aber dafür strengere Regeln für Banken zur Diskussion. „Es gibt keinen Grund, die Regulierung aktuell zurückzufahren“, sagte er im Interview mit unserer Zeitung. Es gehe um weniger komplexe, dafür aber klare und strenge Regeln. So habe es beim Wirecard-Desaster nicht an Regeln gemangelt, sondern an einem konsequenten Durchgreifen, sagte Bayaz. Der 39-Jährige hat geholfen, den Skandal um den Zahlungsdienstleister als Obmann der Grünen im Untersuchungsausschuss im Bundestag aufzuarbeiten. **StZ** – „Jede Krise ist anders“ **Seite 11**

Debatte über Bluttat

STUTTGART. Wegen des Messerangriffs in Wiesloch hat die Opposition den Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) im Sonder-Sozialausschuss des Landtags zur Rede gestellt. Lucha wies darauf hin, dass der 33-jährige Somalier, der wegen mehrerer Straftaten im Maßregelvollzug war, vor der Tat als „nicht auffällig“ beurteilt wurde. Er soll eine 30-jährige Frau erstochen haben. **Seite 5**

Friseure in Not

STUTTGART. Immer mehr Friseurbetriebe im Land geben auf, weil sich ihr Unternehmen nicht mehr lohnt. Viele Friseure mieteten sich in anderen Salons ein, heißt es in der Branche. Zudem nehme der Anteil der nicht mehrwertsteuerpflichtigen Kleinstbetriebe zu, die mit den größeren Betrieben konkurrieren. Die Branche fordert dringend eine Senkung der Mehrwertsteuer. **Seite 9**

Massendemos für Klimaschutz

In ganz Deutschland demonstrieren vorwiegend junge Menschen für einen schnelleren Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Auch in Stuttgart gehen Tausende auf die Straße.

Viele Tausend Menschen haben in Deutschland am Freitag an Demonstrationen der Klimaschutzbewegung Fridays for Future teilgenommen. In Berlin versammelten sich die Demonstranten am Brandenburger Tor und liefen nach einer Auftaktkundgebung in einem kilometerlangen Zug durch das Regierungsviertel. Die Polizei sprach am Nachmittag von 12.500 Teilnehmern. Fridays for Future nannte 24.000 Demonstranten. Angemeldet waren bei der Polizei 10.000 Teilnehmer.

Fridays for Future hatte für Freitag zu einem weltweiten sogenannten Klimastreiktag aufgerufen. In Deutschland waren in mehr als 245 Orten Demonstrationen für mehr Klimaschutz geplant. In München demonstrierten rund 7000 Menschen. Kundgebungen gab es auch in Wien und Dublin. Der globale Aktionstag stand unter dem Motto #EndFossilFuels – gefordert wird das zügige Aus für die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas. Von der Bundesregierung fordern die Aktivisten die Einführung eines Klimagelds und die Verschärfung des Klimaschutzgesetzes.

Unter den Demonstranten in Berlin waren auch viele jüngere Menschen. Sie riefen

immer wieder in Sprechchören: „Wir sind laut, wir sind viele, haltet euch an Klimaziele“ und forderten „Klimagerechtigkeit“. Auf Transparenten stand „Klimaschutz ist Grundrecht“ und „Profit heute, tote Welt morgen“.

Zu sehen waren auch Fahnen der Umweltschutzorganisationen BUND und Greenpeace, von Amnesty International, Gewerkschaften, Tier-schutzinitiativen und linken Gruppierungen. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte zur Unterstützung des Klimastreiks aufgerufen. „Die ungebremste Erderhitzung setzt die Bedingung der Möglichkeit menschlichen Lebens aufs Spiel“, sagte die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus.

Die bekannte Vertreterin von Fridays for Future, Luisa Neubauer, rief bei der Auftaktkundgebung: „Es ist eine historische Zeit. Lassen wir zu, dass es immer so weitergeht, oder stellen wir uns dagegen? Das sind die großen Fragen der Zeit.“

Vor fünf Jahren, im August 2018, hatte sich die damals 15 Jahre alte schwedische

Schülerin Greta Thunberg zum ersten Mal vor ihre Schule gesetzt und für den Klimaschutz gestreikt – und so letztlich die Bewegung Fridays for Future ins Leben gerufen. Einen größeren Klimaprotest plant die Stockholmer Abteilung der Klimaschutzbewegung Fridays for Future am kommenden Freitag.

Auch die Klimaschutzgruppe Letzte Generation beteiligte sich an der Demonstration von Fridays for Future.

Allerdings kritisierte ein Sprecher von Fridays for Future diese Protestform. „Wir haben in den vergangenen zwei Jahren gesehen, dass Straßenblockaden keine große gesellschaftliche Unterstützung genießen“, sagte Pit Terjung dem „Tagesspiegel“. Eine der größten Kundgebungen im Südwesten gab es in Freiburg, wo nach unterschiedlichen Quellen mindestens 4000 oder bis zu 8000 Menschen zusammenkamen. In Stuttgart wurde der Klimaschutz mit dem allgegenwärtigen Thema der sozialen Gerechtigkeit verknüpft. **AFF/dpa/epd** – Aufruf zum Klimastreik **Lokalteil**

Landes-CDU auf Distanz zur AfD

BERLIN/STUTTGART. Die Verabschiedung eines Gesetzes zur Senkung der Grunderwerbsteuer im Thüringer Landtag mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP hat scharfe Kritik an der Union ausgelöst. Die AfD sei keine normale Partei, sondern eine Gefahr für Deutschland und die Demokratie, sagte die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Die Grünen sprachen von einem „Tabubruch“. Die CDU im Bund verteidigte die Abstimmung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Stuttgart, Manuel Hagelin, schließt aber ein gemeinsames Abstimmen mit der AfD aus: „Die AfD darf im baden-württembergischen Landtag niemals zu einer Mehrheitsbeschafferin werden.“ Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz bezeichnete das Vorgehen der CDU in Thüringen als einen Tiefschlag für den Parlamentarismus. **AFF/StZ** – Der „Pakt mit dem Teufel“ **Seite 2**

Luff



Geentert in der Thüringer See

Wetter Seite 28



Börse Seiten 12, 13
 Dax 15.893,53 Punkte (+0,56%)
 Dow Jones 34.618,24 Punkte (-0,83%)
 Euro 1,0658 Dollar (Vortag: 1,0730)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

